
Es gilt das gesprochene Wort!

Meine Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Boudgoust,
sehr geehrter Herr Präsident Reiff,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

zu der traditionellen Jahresbegegnung unserer beiden Wirtschaftskammern begrüße ich Sie - auch im Namen meines Präsidentenkollegen Eberhard Reiff - sehr herzlich. Für die Tage, die noch vor uns liegen, wünsche ich Ihnen Gesundheit, Glück und Zufriedenheit – kurz: ein erfolgreiches Jahr 2009. Das scheint allerdings zu Beginn dieses Jahres nicht ganz so selbstverständlich zu sein. Offensichtlich sind die Aussichten alles Andere als rosig. Ob das alles zutrifft, was an Horrorszenerarien in den vergangenen Wochen an die Wand gemalt wurde, das sollten wir jedoch durchaus in Frage stellen. Was Wissenschaft und Politik prognostizieren, trifft keineswegs immer ins Schwarze. Die oft selbst ernannten Experten beherrschen ihr Handwerk nicht in allen Fällen gut.

Aber lassen Sie mich zunächst Positives voran stellen. 2009 ist ein Jahr der Jubiläen: Wir feiern 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland, den zwanzigsten Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands und vor 10 Jahren wurde der Euro als Buchgeld eingeführt – allesamt Eckpunkte, die uns mit Zufriedenheit erfüllen können.

Zunächst aber freue ich mich sehr über die Anwesenheit so vieler Vertreter aus Parlamenten und Ministerien, den höchsten Repräsentanten der Landkreise, den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen, der Verwaltungen, der Hochschulen, der Verbände, ja des gesamten öffentlichen Lebens aus unserer Region. Darunter sind zum Beispiel Ernst Fischer, der Präsident des DEHOGA, Prälat in Ruhe Claus Maier, unser Ehrenpräsident Günther Hecht, der Ehrenpräsident der IHK Dr. Eberhard Benz – ich müsste im Grunde jeden von Ihnen namentlich begrüßen, aber das wäre auch für Sie nicht sehr erbaulich.

Erlauben Sie mir bitte, dass ich jetzt nur noch sehr herzlich die Bundestagsabgeordneten Renate Gradistanac, Heike Hänsel und Annette Widmann-Mauz sowie die Landtagsabgeordneten Rita Haller-Haid und Hagen Kluck begrüße. Als Hausherrin und stellvertretend für alle kommunalen Vertreter begrüße ich Frau Erste Bürgermeisterin Ulrike Hotz.

Mein besonderer Gruß gilt aber insbesondere den Unternehmerinnen und Unternehmern aus unseren Kammerbezirken, für die wir stellvertretend diesen Empfang ausrichten. Seien Sie uns alle sehr herzlich willkommen, und ich freue mich sehr, dass Sie so zahlreich unsere gemeinsame Einladung angenommen haben.

Ich freue mich sehr, unsere diesjährigen Festredner und Ehrengast Peter Boudgoust, den Intendanten des Südwestrunds und zugleich Vorsitzenden der ARD, also der „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“, bei uns begrüßen zu können. Wir sind gespannt auf Ihren Vortrag.



Da heute ein Medienthema im Zentrum unseres Neujahrsempfanges steht, möchte ich zum Abschluss zwei weitere Personen aus unserer Region herzlich willkommen heißen, und zwar Frau Elisabeth Frate, Verlegerin des Schwäbischen Tagblattes, und Valdo Lehari jr., den Verleger des Reutlinger General-Anzeigers und Präsidenten des Europäischen Zeitungsverleger Verbandes. Sie und manch anderer der anwesenden Medienvertreter werden möglicherweise bei manchem, was Herr Boudgoust im Anschluss vortragen wird, unruhig werden, aber Herr Reiff und ich werden versuchen, einige Aspekte, die Sie betreffen, anzusprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
der Spötter und Dramatiker Oscar Wilde nahm mit seinen literarischen Erfolgen eine ansehnliche Menge britischer Pfund ein. Dennoch musste er immer wieder Freunde anpumpen. Als einer von ihnen sein Befremden darüber äußerte, antwortete Wilde: „Mit meinen Einnahmen kann ich gerade meinen Bedarf an Austern, Kaviar und Sekt decken. Aber ich muss ja schließlich auch meine Wohnung und mein Essen bezahlen.“

Nun werden Sie als Unternehmer das Thema Kredit unter anderen Gesichtspunkten angehen als Oscar Wilde – vor allem in der derzeitigen Situation, in der die Finanzwirtschaft vor einer der größten Herausforderungen der jüngeren Geschichte steht.

Lassen Sie mich zunächst wiederholen, was ich bereits an anderer Stelle gesagt habe: Ich habe mich im vergangenen Jahr gelegentlich maßlos darüber geärgert, dass einzelne große Unternehmen um staatliche Hilfe nachfragten – auch wenn man sich zuvor immer jeglichen staatlichen Eingriff verboten hatte. Und was die Konjunkturprogramme insgesamt angeht: Ich bin ein viel zu sehr überzeugter Marktwirtschaftler, als dass ich die staatlichen Eingriffe jetzt in Gänze gutheißen könnte.

Denn es ist ja mehr als fraglich, ob all diese Maßnahmen jetzt wirklich auch dem Mittelstand helfen, dessen Bedeutung für unsere Gesellschaft immer so hervorgehoben wird. Ein Beispiel: Zunächst ging es in den Begründungen für das Milliardenpaket für die Commerzbank lediglich darum, die Übernahme der Dresdner Bank abzusichern – das Thema einer besseren Kreditvergabe für die mittelständischen Betriebe wurde bei der ‚Teilverstaatlichung‘ der Commerzbank doch nur nachgeschoben.

Was aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, geschieht mit den mittelständischen Betrieben, denen jetzt in Folge der Finanzkrise die Aufträge wegbrechen? Können sie auf staatliche Hilfe hoffen? Wohl kaum. Ich bin allerdings auch der Meinung, dass der Staat sich so weit wie möglich aus unternehmerischen Entscheidungen heraushalten sollte. Ich erinnere an das Schicksal des Baukonzerns Holzmann und seine medial inszenierte Rettung durch den damaligen Kanzler Schröder – und die nur wenige Jahre später trotzdem folgende Insolvenz. Auch damals gingen mehrere hundert mittelständische Bauunternehmen in Konkurs, ohne dass das zu Konsequenzen bei den politisch Verantwortlichen geführt hätte. Es darf also nicht so weit kommen – wie es ein Spötter mir gegenüber kürzlich formulierte –, dass die Politik zur Insolvenzverschleppung maroder Konzerne beiträgt.

Dass der Staat eingreifen muss, ist bei der Unterstützung der Banken richtig, um die Kreditversorgung sicherzustellen. Und es sind Maßnahmen notwendig, die einer ‚Krankheit‘ entgegenwirken, die Altbundeskanzler Helmut Schmidt vergangene Woche wie folgt beschrieben hat: „Vor allem in New York und London haben wir es zu



tun mit einer Kombination von hoher Intelligenz samt mathematischer Begabung, extremer Selbstsucht und Selbstbereicherung bei Abwesenheit von ausreichender Urteilkraft und von Verantwortungsbewusstsein. Man kann dieser Krankheit einen Namen geben: hemmungslose Habgier.“

In unserem Land sollten wir zunächst auf ein Konzept zurückgreifen, das in Baden-Württemberg seit geraumer Zeit hervorragend funktioniert: Die Hausbanken – und nicht staatliche Instanzen – prüfen die Kreditwürdigkeit eines Unternehmens und der Staat bzw. das Land treten über die Bürgschaftsbank dann als Bürgen ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich nur noch ganz kurz etwas zur aktuellen Situation sagen. Teile unserer Wirtschaft, die in den vergangenen Jahren von den außerordentlich starken Wachstumsimpulsen der Weltwirtschaft boomartig nach oben getragen worden sind, müssen jetzt ihren Steigflug beenden. Auf einen Aufschwung folgt wieder einmal ein Abschwung. Allerdings in einem Ausmaß, wie wir ihn in den vergangenen Jahren noch nicht erlebt haben.

Als Handwerkspräsident bin ich allerdings der Meinung, dass sich insbesondere das Handwerk nicht entmutigen lässt. Warum auch? Der Großteil der Betriebe hat in den vergangenen Jahren nicht in demselben Maße wie die Exportindustrie vom weltwirtschaftlichen Boom profitiert. Unser Aufschwung setzte später ein und war wesentlich moderater. Dementsprechend gehe ich davon aus, dass der nun folgende Abschwung für uns im Handwerk auch weitaus moderater sein wird – selbst wenn die Erwartungen der Handwerksbetriebe in die Geschäftsentwicklung in unserer aktuellen Konjunkturumfrage nicht mehr so optimistisch sind. Nur noch – oder sollte ich angesichts der permanenten Negativschlagzeilen sagen: immer noch gut 30 Prozent der Handwerksbetriebe rechnen weiterhin mit einer guten Geschäftsentwicklung.

Wir im Handwerk besitzen eine Fähigkeit, die wir in der Vergangenheit immer wieder unter Beweis gestellt haben: Wir können flexibel reagieren. Wenn wir in unseren Betrieben mit unseren Mitarbeitern zusammenstehen, können wir auch eine Schwächephase ohne größere Blessuren gut überstehen. Hinzu kommt, dass nur ein kleinerer Teil unserer Betriebe in hohem Maße von der außenwirtschaftlichen Nachfrage abhängig ist. Die große Mehrheit lebt von der Binnenkonjunktur. Und hier sind weiter Chancen gegeben, auch wenn wir uns zuletzt eine stärkere Binnennachfrage gewünscht hätten, die ja nicht zuletzt auch durch die Mehrwertsteuererhöhung ausgebremst wurde. Die Nachfrage – sehen wir von den unteren Einkommensbereichen einmal ab – ist da. Mit intelligenten Angeboten, mit hochqualitativen Leistungen und technisch anspruchsvoller Ausführung können wir die Kunden für unsere Angebote begeistern.

Die Konjunkturprogramme von Bund und Land werden uns dabei helfen. Im Bereich der Bauwirtschaft können wir bei Neubau und bei Instandhaltung eine verstärkte Nachfrage der öffentlichen Hände erwarten. Wir werden dafür sorgen, dass diese Nachfrage so ausgestaltet wird, dass sie auch bei den kleinen Unternehmen ankommen kann. Wir setzen uns deshalb intensiv dafür ein, öffentliche Aufträge grundsätzlich nur in entsprechend gestückelten Teil- und Fachlosen auszuschreiben.

Auch die Förderung des Klimaschutzes wird verstärkt. Hier bieten sich uns weiterhin gute Chancen im Modernisierungsmarkt. Das Handwerk hat sich zudem bei der Politik durchgesetzt und eine Verdoppelung des Handwer-

kerbonus erreicht. Handwerksleistungen werden steuerlich begünstigt. Das müssen wir jetzt breit im Markt kommunizieren. Sinkende Energiepreise und rückläufige Rohstoffpreise verbessern die Kaufkraft. Wir müssen unseren Mitbürgern klar machen, dass jetzt der geeignete Augenblick dafür ist, diese Situation zum eigenen Vorteil einzusetzen. Und die Verschrottungsprämie scheint bereits auf großes Interesse zu stoßen und könnte zumindest in Ansätzen dem im Augenblick besonders leidenden Kfz-Handwerk eine spürbare Hilfe geben.

Wenn die Städte und Gemeinden jetzt Geld ausgeben, dann sollten sie es allerdings für sinnvolle und nachhaltige Projekte tun. Schließlich dürfen wir nicht vergessen, dass das alles mit einer höheren Staatsverschuldung erkaufte wird. Es wird zwar kein Blankoscheck auf die Zukunft ausgestellt, aber hinter all den Vorschlägen steckt letztendlich doch die Hoffnung, dass die Konjunktur insgesamt wieder anspringen wird, damit die Investitionslücke, die auf Grund der jetzt vorgezogenen Maßnahmen spätestens 2011 bzw. 2012 greifen wird, aufgefangen werden kann.

Es wären sicherlich noch weitere Initiativen notwendig. Ich spreche mich zum Beispiel nach wie vor für einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Leistungen aus oder zumindest für ein Aussetzen der letzten Mehrwertsteuererhöhung über einen Zeitraum von zwei Jahren. Auch eine rasche und zukunftsorientierte Reform der Kfz-Steuer muss angegangen werden, denn generelle pauschale Reduzierungen nutzen uns wenig. Wir brauchen rasch ein zukunftsfähiges abgasorientiertes System, das unseren Mitbürgern Sicherheit bei allen Kaufentscheidungen gibt.

Lassen Sie uns also gemeinsam selbstbewusst in das Wahljahr 2009 gehen! Wir haben allen Grund dazu. Wir wären keine Handwerker, wenn wir nicht - wie auch schon in früheren Konjunkturzyklen unter Beweis gestellt - in die Hände spucken und uns ohne falsche Bescheidenheit den Schwierigkeiten stellen könnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich habe mich eben als überzeugten Marktwirtschaftler bezeichnet. Sie werden sich möglicherweise fragen, wie das mit meinem zweiten Eingeständnis zusammengeht: Ich bin auch einer glühender Verfechter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Wie kann ich als Marktwirtschaftler ein System unterstützen, dass sich quasi staatlich verordnet finanzieren kann und das mit dieser öffentlichen Finanzierung dann auch noch in direkte Konkurrenz zu rein werbefinanzierten Angeboten, also den privaten Rundfunk- und Fernsehsendern, treten kann? Ich versuche eine Begründung.

„Der Wurm muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler!“ Diese Aussage des ehemaligen RTL-Geschäftsführers Dr. Helmut Thoma ist inzwischen Allgemeingut geworden, wenn es ums Verkaufen geht – leider – diese private Meinung müssen Sie mir erlauben – hält sich jener Sender nicht mehr vollständig an diesen Satz, denn nicht nur Angler dürfen in der Zwischenzeit im Dschungel-Camp Würmer und anderes Getier verspeisen.

Andererseits scheinen solche Sendungen dem Fisch namens „Zuschauer“ zu schmecken. Deutlich wird allerdings bei solchen Sendungen, dass die Schamgrenzen in unserem Land offensichtlich deutlich gesunken sind. Das hat



selbstverständlich mit einem Wertewandel in unserer Gesellschaft zu tun, ich frage mich allerdings, ob dieser Wandel nur aufgegriffen wird oder ob er nicht eher befördert wird.

Nun können Sie sagen, dass es zu einem Mann in meinem Alter gehören könnte, sich über solch einen Werteverfall zu beklagen. Die Zeiten ändern sich, jüngere Menschen haben halt andere Interessen, könnten Sie sagen und hinzufügen, dass *die heutige Jugend von Grund auf verdorben, böse, gottlos und faul ist, und dass sie niemals so wie die Jugend vorher sein wird, und es ihr niemals gelingen wird, unsere Kultur zu erhalten*. Die letzten Bemerkungen standen übrigens bereits vor 3000 Jahren auf einer babylonischen Tontafel.

Und dann könnten Sie auch noch einwenden, dass die Öffentlich-Rechtlichen die Jugend gar nicht mehr erreichen, so dass der STERN bereits titeln konnte: „Hier werden Sie zu Tode geschunkelt.“ Aber darum geht es mir eigentlich nur in zweiter Linie. Worum es mir geht ist die Bedeutung von „Verantwortung“. Und die muss von allen Beteiligten am dualen Rundfunksystem in Deutschland wahrgenommen werden. Für die Öffentlich-Rechtlichen gilt, dass sie ein pluralistisches und qualitätsvolles, in seiner inhaltlichen Ausgestaltung politisch unabhängiges Angebot von Informationen und Hintergrundinformationen liefern, damit wir uns alle eine Meinung bilden können. Und diesen Auftrag können – davon bin ich überzeugt – nur wirtschaftlich unabhängige, von den Zwängen der Werbeeinnahmen weitgehend freie Institutionen erfüllen. Informationsvermittlung darf nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Quote gesehen werden.

Natürlich können Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber auch fragen, ob die zu Phantasiesummen erstiegerten Bundesliga- und Sportrechte zum öffentlich-rechtlichen Programmauftrag gehören und ob der kommerziell ausgestattete Vorabend zwischen 18 und 20 Uhr zu einer Verflachung der so genannten Grundversorgung führt und manche Angebote der Öffentlich-Rechtlichen kaum noch von denen der privaten Sender zu unterscheiden sind. Und die Zeitungsverleger und -macher hier im Saal können natürlich fragen, ob ARD und ZDF in ihrem digitalen Expansionsdrang noch Grenzen kennen.

Allerdings verändert sich das Medienverhalten dramatisch, das Internet gewinnt gerade für die jüngeren Menschen immer mehr an Bedeutung. Und ich bin natürlich der Meinung, dass ARD und ZDF auf diese Veränderungen reagieren und sie aktiv mitgestalten müssen. Sie treten dabei zum Teil in Konkurrenz zu etablierten Verlagen, die ihr Online-Angebot über Werbeeinnahmen finanzieren müssen. Aber auch hier dürfte es zurzeit so sein, dass etwa das Angebot von Spiegel-Online aktuell eine viel größere Konkurrenz für die regionalen Zeitungen darstellt als das Angebot von ARD und ZDF. Hinzu kommt, dass in der Zwischenzeit Verlage und öffentlich-rechtliche Sendeanstalten bereits Kooperationen eingegangen sind.

Als Vertreter des Handwerks muss ich allerdings auch fragen: Findet das Thema „Wirtschaft“ in ausreichendem Maße bei den Öffentlich-Rechtlichen – also auch beim SWR – statt? Spielt zum Beispiel der Handwerker von nebenan in den Vorabendserien des Fernsehens ihm wahrsten Sinne des Wortes überhaupt eine Rolle und macht so deutlich, welche wichtige Rolle er im Alltag der Menschen spielt. Müssten nicht gesellschaftliche Realitäten in Informations- und Unterhaltungsformaten adäquat wiedergespiegelt werden? Oder besteht unsere Gesellschaft tatsächlich nur noch aus Models und Kriminalkommissaren?



Ich bin der Meinung, dass die inhaltliche Ausgestaltung der Programmangebote der Öffentlich-Rechtlichen Werten von hoher gesellschaftlicher Relevanz verpflichtet bleiben muss. Und hier dürfen sie sich auch gerne deutlich von den Angeboten der Privaten deutlich unterscheiden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
immerhin können wir uns beim Fernsehen – wenn wir Robert Lemke glauben dürfen – auf einige feste Regeln verlassen: Bei den Western gewinnen immer die Guten, bei den Nachrichten immer die Bösen. Und ein großer Mann des Kinos – nämlich Woody Allen – weiß auch, wodurch sich die einzelnen Fernsehprogramme noch immer am deutlichsten unterscheiden: nämlich durch den Wetterbericht.

Dabei will ich es aber jetzt belassen, und ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Boudgoust, ans Rednerpult, damit Sie uns Ihre Sicht der Dinge vortragen können.